

Elf Jahre nach der Wende

In elf Jahren der wieder begründeten Gemeinschaft zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Versicherten und Unternehmen in der BGFW ist eine Erfolgsgeschichte geschrieben worden, auf die die Solidargemeinschaft BGFW stolz sein darf.

Kleiner geschichtlicher Rückblick

Die BGFW wurde im Jahre 1885 gegründet. Sie nahm am 1. Oktober 1885 unter dem Namen Berufsgenossenschaft für Gas- und Wasserwerke ihre Arbeit auf. Ihr örtlicher/räumlicher Zuständigkeitsbereich umfasste das gesamte Deutsche Reich. Als Folge des zweiten Weltkrieges kam es neben den Gebietsabtrennungen de facto schon 1945 zur Dreiteilung Deutschlands (Ost- und Westdeutschland, Berlin).

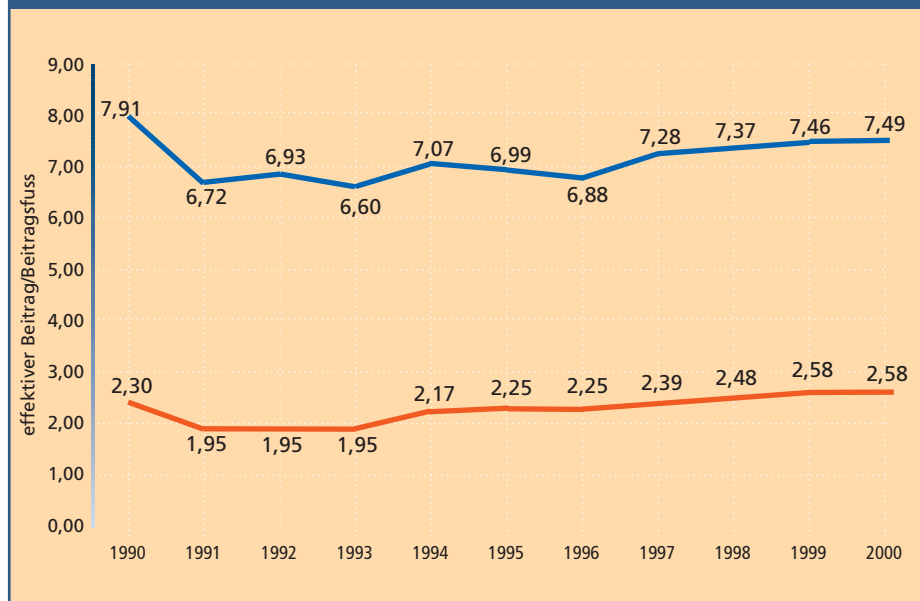
schaft mit Ver- und Entsorgungsunternehmen meist in kommunaler Trägerschaft sowie einigen großen überregionalen Versorgungsunternehmen wie zum Beispiel Ruhrgas AG, Gelsenwasser AG, RWE AG.

Ziel der Umgestaltung

Die Umgestaltung der ostdeutschen Ver- und Entsorgungswirtschaft hatte in der Folgezeit das Ziel, die Unternehmen wieder wie vor 1945 in kommunaler Hand zu führen. Dabei war das Tempo der Anpassung an die westdeutsche Struktur erstaunlich. Einige Probleme bei der Überführung in die kommunale Hand gab es allerdings bei ostdeutschen Energieversorgungsunternehmen, an denen sich westdeutsche Energiekonzerne beteiligt hatten. Die Schwierigkei-

- ▶ Der Beitragsfuß wurde gesenkt. Diese Maßnahme war mit dem Abschmelzen von Betriebsmitteln verbunden.
- ▶ Der Beitrag wurde schonend eingezogen, nämlich in monatliche Teilbeträge aufgeteilt.
- ▶ Die im Jahre 1991 erhobenen Beitragsvorschüsse waren bezogen auf die von der BGFW zu leistenden Aufgaben zu hoch. Deshalb konnte die BGFW von einer durch den Gesetzgeber in 1991 verfügten Erhöhung absehen. Außerdem war es möglich, an die ostdeutschen Unternehmen die nicht benötigten Vorschüsse in der Größenordnung von insgesamt rd. 23 Millionen Mark zurückzuzahlen.
- ▶ Das System des Beitragsausgleichsverfahrens war auf die Situation wie den Zusammenschluss der beiden deutschen Teilstaaten nicht abgestellt. Eine Vielzahl von Unternehmen entstanden durch Ausgliederungen aus bestehenden Unternehmen. Es wurde daher ein Verfahren angewandt, das der Situation und den speziellen Bedürfnissen der ostdeutschen Unternehmen angemessen war.

BEITRAGSENTWICKLUNG AB 1990



Beitragsentwicklung ab 1990

Jahr	effektiver Beitrag je 1.000 DM Entgelt DM	Beitragsfuß je 1.000 Beitragseinheiten DM
1990	7,91	2,30
1991	6,72	1,95
1995	6,99	2,25
2000	7,49	2,58

Die Vereinigung der deutschen Teilstaaten ermöglichte es, die ursprüngliche räumliche Zuständigkeit der BGFW - mit Ausnahme der abgetrennten Gebiete - zum 1. Januar 1991 wieder herzustellen.

Erste Kontakte

Das Jahr 1990 wurde genutzt, zunächst vorsichtig tastend, dann mit zunehmender Intensität Kontakte zwischen den Versicherten und Unternehmen der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft in Ost- und Westdeutschland aufzunehmen. Dabei ging die Initiative keineswegs einseitig von westdeutscher Seite aus.

Es bestanden in Ost- und Westdeutschland völlig unterschiedliche Unternehmensstrukturen und Wirtschaftsphilosophien: Im Osten Planwirtschaft mit Energiekombinaten und Wasserwirtschaftsunternehmen auf Bezirksebene, im Westen Soziale Marktwirt-

ten zeigten sich mehr bei der Stromversorgung und weniger bei der Gas- und Fernwärmeversorgung. Sie bestanden vor allem darin, dass sich die Energiekonzerne über einen längeren Zeitraum dagegen wehrten, die großräumig auf Bezirksebene betriebene Stromversorgung auf die Kommunen zu übertragen.

Der Anpassungsprozess der ostdeutschen Ver- und Entsorgungsunternehmen an die westdeutschen Strukturen führte zu erheblichen Rationalisierungen in den Unternehmen, um im Markt bestehen zu können. Es ist deshalb um so bemerkenswerter, wie gut die gewaltigen Strukturveränderungen letztlich bewältigt wurden und werden.

Hilfe durch Kostenentlastung

Von Anfang an hatte der Vorstand der BGFW entschieden, die Unternehmen auf der Kostenseite zu entlasten:

Weder bei der Zuordnung der Unternehmen nach dem Gefahrtarif noch beim Beitragsbeitrag gab es Schwierigkeiten.

Kaum Unterschiede in der Unfalllast

Hinsichtlich der Belastung durch Unfälle gab es zunächst Befürchtungen, dass die ostdeutschen Unternehmen stärker als westdeutsche belastet seien. Grund für diese Annahme war, dass in den westlichen Bundesländern die technischen Möglichkeiten der Unfallverhütung größer gewesen waren als im Osten. Es stellte sich jedoch schnell heraus, dass die Unfallverhütungsarbeit in Ostdeutschland trotz der geringeren technischen Möglichkeiten zu vergleichbaren Ergebnissen wie im Westen führte. Dies zeigt sich auch bei den Ergebnissen der ostdeutschen Unternehmen im Beitragsausgleichsverfahren. Die durchschnittliche Rückvergütungsquote in Ost und West weicht nicht wesentlich voneinander ab.